

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 8,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag & G.m.b.H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 22. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Millimeterzeile (4er deren Raum 0,50 Mk., auswärts 0,60 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, 5 Millennachrichten, Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3spaltig oder deren Raum 1m Cent 2,- Mk.

Die Unternehmer gehen zum Angriff vor!

Scheimess Mundschreiben der deutschen Arbeitgeberverbände.

Unserm Dörselborjer Parteiblatt ist folgendes Scheimesschreiben der deutschen Arbeitgeberverbände auf den Tisch geflogen:

Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhüten. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhungen zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Scheitern der Arbeitnehmerschaft ist die Resolution natürlich bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Teilstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirks angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schlichtungsanspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilmachungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und Lebensunterhaltungskosten in den letzten zwei Monaten erheblich gefallen sind.

Neue Tarife sollen keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Akkordarbeit genügenden Raum zu verschaffen. Volle Ausnutzung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlussarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vorzunehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilmachungskommissaren erteilt bereits generell die Genehmigung für die Uebererschreitung der achtstündigen Arbeitszeit. Dingenwies wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenzen zwischen der Entlohnung der gelehrten und ungelerten Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Prozent vermindert worden, so liegt z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn der ungelerten Arbeiter von 69,2 Prozent im ersten Vierteljahre 1919 vom Lohn des gelehrten Arbeiters auf 92,5 Prozent im ersten Vierteljahr 1920.

Eine Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die Chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau der Löhne hat zunächst bei den Jugendlichen und den Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.

Die Unternehmer glauben also jetzt, den Arbeitern wieder alles bieten zu können. Durch die Niederschlagung des revolutionären Vortrupps der Arbeiter glauben sie die Möglichkeit zu haben, die Arbeiter vollständig zu versklaven und auszubeuten. Nach dem Scheimesschreiben haben die Unternehmer die Parole, keine Lohnerhöhungen mehr zu bewilligen, befolgt. Jetzt aber soll der Lohnabbau vorbereitet werden. Die Arbeiter im Bergbau und in der chemischen Industrie sollen zuerst dran glauben; die anderen sollen folgen. Und mit der Herabsetzung des Lohnes soll eine Verlängerung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen. Die Unternehmer sollen die 48stündige Arbeitswoche mindestens ausnützen, nach Möglichkeit aber die täglich achtstündige Arbeitszeit erhöhen. Bei all diesen Praktiken rechnen die Kapitalisten mit Recht auf die Unterstützung der Behörden und Schlichtungsausschüsse. Und sie rechnen auch auf die Hilfe der Gewerkschaftsführer. Der Lohnabbau soll durch Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte vorbereitet werden.

Die Arbeiter sind also jetzt gewarnt.

Wo in einer Industrie versucht werden sollte, die Löhne zu kürzen oder die Arbeitszeit über 8 Stunden pro Tag zu verlängern, da müssen sich die Arbeiter entschieden zur Wehr setzen und sie müssen hierbei die tatkräftige Unterstützung der ganzen Arbeiterschaft finden.

Den im Kampfe gegen die Arbeiter einigen Kapitalisten muß auch die Einheitsfront der Arbeiter entgegengestellt werden.

Arbeitersperrungen in Oberschlesien.

Gleiwitz, den 22. April. (Eigener Drahtbericht der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.) In Oberschlesien hat der Angriff der Grubenbesitzer begonnen. In der Bismarckhütte hat der Direktor erklärt, daß die Betriebe in Oberschlesien keine Aufträge mehr bekommen, da alle ausländischen Bestellungen bei der Ausfuhr der 50-Prozent-Abgabe unterlägen, was sie derart verteuere, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig sei. Deshalb müsse allgemeiner Abbau der Löhne erfolgen und große Stilllegungen.

Auf der Hubertus-, Martha- und Balldonhütte ist es bereits zu Stilllegungen gekommen.

In der Königshütte soll ein Hochofen ausgeblasen und seine Arbeiter sollen bei ganz niedrigen Löhnen die vor kurzem stillgelegte Kupferfabrik wieder in Gang setzen. (D. welche Gnade! D. Red.)

In den Martinwerken sollen statt 7 nur 5 Hochofen weiter arbeiten.

Die Dillmotorenwerke wurden binnen zwei Stunden gesperrt und den Arbeitern gekündigt, trotz Ueberhäufung von Aufträgen.

Auf der Gleiwitzer Grube ist es zum Ausstand gekommen, da sich die Direktion brüskel weigert, mit den Vertretern der Arbeiterschaft zu verhandeln.

Der Belagerungszustand ist nur formell aufgehoben worden. Die Paragraphen, die alle Versammlungen und Demonstrationen verbieten, sind in Kraft geblieben. Ueberall, wo die Arbeiter sich gegen die Unternehmer zur Wehr setzen, werden die Verhandlungen kurzerhand abgebrochen und der Betrieb eingestellt.

Die oberschlesischen Aktionäre der Bismarckhütte entschädigen sich durch den Bau von neuen Hütten im Ruhrgebiet für die Stilllegung der nicht mehr rentablen Hütten in Oberschlesien.

Teilweise ist dieses Geschrei von der 50-Prozent-Abgabe ein Schachzug Frankreichs zu Gunsten Polens, da dieses mit diesen nichts belastet, daher wohl produktionsfähiger wäre. Was auch eine Lüge, denn der Staatsetat Polens ist nicht besser wie der Deutschlands, schon samt der 50-Prozent-Abgabe, und daher sich heibe gleich wert. Andererseits sehnt sich ein Teil der deutschen Kapitalisten nach dem Anschluß an Polen, da er hofft, bei dem dort herrschenden weißen Regime noch mehr aus den Arbeitern durch billigeren Lohn auspressen zu können, als bis jetzt. So geht der Patriotismus zum Teufel, wo der Profit winkt.

Hand in Hand gehen wir die Entente mit der oberschlesischen Kapitalistenklasse marschieren: siehe, wie sie den Belagerungszustand handhabt, wie sie mit den Sanktionen hantiert.

Gleichzeitig wird das Mährisch-Ostrow-Karwiner Revier stillgelegt, während die tschechischen Kapitalisten von den Arbeitern Oberschlesiens Ueberhöhen für Zucker erpressen wollen. Sie haben nämlich eine Ueberproduktion und einen mangelnden Absatz an Zucker, aber müssen ihrer Ansicht nach zu hohe Löhne ihren Verarbeitern zahlen. So wollen sie auf einen Schlag den Zucker los werden, die Rohle bekommen, und so den Lohn ihrer Verarbeiter mit Hilfe der oberschlesischen Verarbeiter drücken.

Arbeitertentaffungen auch in Stuttgart.

Stuttgart, 21. April. Nachdem bei der Firma Robert Bosch 690 Arbeiter zur Entlassung gekommen sind und die Firma Stöck in der Neckarstraße ihren Betrieb ganz geschlossen hat, folgt nun die Firma Eisenmann und entläßt innerhalb drei Wochen 150 Arbeiter, obwohl im Oktober v. Js. schon circa 200 Arbeiter entlassen wurden. Grund der Entlassung soll Arbeitsmangel sein. Aus diesem Anlaß fand eine Betriebsversammlung statt. Die Firma will sich nicht an die 24stündige Arbeitszeit bei Entlassungen binden lassen laut Erklärung der Direktion bei den Verhandlungen mit dem Betriebsrat. In der Diskussion stellte ein Kollege von der VAPD. folgenden Antrag, der sicher die übrige Arbeiterschaft interessieren wird:

„Die ganze Belegschaft des Betriebes erklärt sich mit den zur Entlassung kommenden Arbeitern solidarisch und bringt dies dadurch zum Ausdruck, daß der Betriebsrat beauftragt wird, neue Verhandlungen mit der Firma anzubahnen und der Firma mitzuteilen, daß die ganze Arbeiterschaft gewillt ist, abwechselungsweise in Schichten auszuweichen, um so die Entlassungen zu verhindern.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Kampf der Angestellten.

Breslau, 22. April.

Die fortschreitende soziale Krise, das immer mehr anwachsende wirtschaftliche Elend, die steigende Arbeitslosigkeit, alle die Folgen des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft haben immer breitere Schichten des Proletariats ergriffen und in eine Kampfstellung getrieben. Die Unmöglichkeit der sozialdemokratischen und bürgerlichen Finanzregateure, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, haben das Finanzelend und das wirtschaftliche Chaos nur vergrößert, immer größere Teile der Arbeiter und Angestellten aber auch erkennen lassen, daß alle diese Männer trotz ihrer stolzen Programme und großen Reden nicht die Interessen des werktätigen Volkes vertreten.

Die kaufmännischen Angestellten spürten es an ihrem eigenen Leibe, an der Verhöhnung ihres Hauswesens, an der Verelendung ihrer Familie, daß die durch die Nationalversammlung fundamentierte Republik weder Freiheit, noch Frieden, noch Brot brachte.

Tausende technischer und kaufmännischer Angestellter mußten für Hungerlöhne arbeiten, mußten sich Entbehrungen auferlegen und fristeten ein erbärmliches Dasein, das ihnen gerade das tägliche Brot gab, während sie an der Hand von Geschäftsbüchern und Bilanzen sehen konnten, wie Arbeitgeber und Fabrikanten Riesengewinne einstrichen, Dividenden von nie gekannter Höhe ausschütteten und ein geruhiges Schlemmerleben führten.

Immer mehr begannen die Angestellten zu begreifen, daß das Gerebe von der Demokratie nur Schall und Rauch war, daß hinter dieser Demokratie nichts anderes hat als nur die Alleinherrschaft der Großkapitalisten. Die Arbeitenden hatten in der Republik ebensowenig die Macht in den Händen, wie vor der Revolution. Daran änderte sich auch nichts dadurch, daß einige Sozialdemokraten in der Regierung saßen. Der sozialdemokratische Arbeitsminister Schliche hat Bankbeamten und Angestellten mehr als einmal gezeigt, daß sein Herz nicht bei den Angestellten ist, sondern bei den Unternehmern.

Darauf ist ja die Politik der Sozialdemokraten stets hinausgelaufen: unter dem Vorwand für die Interessen der Arbeitnehmer sich einzusetzen, haben sie immer nur die Geschäfte der Unternehmer besorgt. Die Praktiken verräterischer Gewerkschaftsführer haben manchen Streik abgewürgt und zugunsten der Arbeitgeber zu beenden verstanden. Anstatt offen den Kampf gegen die Unternehmer zu führen, haben die Sozialdemokraten mit den arbeitereindlichen Parteien sogar eine gemeinsame Regierung gebildet und dazu beigetragen, daß das schuldbeladene kapitalistische System noch länger am Leben erhalten blieb zum Schaden von Millionen Arbeitern und Angestellten.

Die Schuld der verhassten Politik, die die Sozialdemokratie trieb, war es natürlich, daß in den Köpfen von tausenden Angestellten und Arbeitern die Illusion immer wieder neue Nahrung bekam, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleiche Interessen hatten. Während doch die bittere Erfahrung täglich lehrte, daß sich in beiden Klassen zwei fremde Mächte gegenüber stehen. Die Unternehmer dachten und denken gar nicht daran, auch nur einen Bruchteil ihrer Machtstellung zu opfern. Sie haben immer nur ihren eigenen Profit im Auge. Und wenn sie merken, daß ihnen etwas davon verloren gehen kann, wenden sie jedes Mittel an, den bedrohten Gewinn zu schützen.

Angestellte und Arbeiter werden rücksichtslos auf die Straße geworfen, wenn der Unternehmer durch diese Reduzierung der Arbeitskräfte den gewohnten Profit einheimen kann.

Und die Ausbeutungsabsichten der Herren Fabrikanten und Arbeitgeber sind in der letzten Zeit wahrlich nicht geringer geworden.

Das mußten in diesen Wochen erst die technischen und kaufmännischen Angestellten der Breslauer Metallindustrie erfahren, die sich seit Mittwoch im Streit befinden.

Was sich hier die Industriegewaltigen ihren Angestellten gegenüber geleistet haben, zeigt mit aller Deutlichkeit den Kurs an, den das Unternehmertum in Zukunft einschlagen will. Mit der Revolution soll ein für allemal ausgeräumt werden. Die letzte und wohl auch einzige Errungenschaft der Achtstundentage, soll den Angestellten genommen werden. Sie sollen in Zukunft 10, 12 und vielleicht auch 16 Stunden täglich arbeiten (natürlich bei verkürztem Lohn), damit die Aktionäre noch höhere Dividenden unter sich verteilen können.

Die siegreichen Ententestaaten legen dem besiegten deutschen Gegner derart schwere Bedingungen auf, daß die deutsche Bourgeoisie, die gegenwärtig trotz allem verargangenen Sträubens dabei ist, sich mit der Entente zu „verständigen“, glaubt nicht anders aus der Krise herauszukommen zu können als dadurch, daß sie dem deutschen Proletariat aus Laster aufwält.

Wie die angekündigte „Verständigung“ aussehen wird, das sollen jetzt die Angestellten der Breslauer Metallindustrie zu spüren bekommen.

Und wie man ihnen auch die letzten Reste persönlicher Freiheit nehmen will, indem man sie zur unbezahlten Sonntagsarbeit zwingt und ihnen den Urlaub kürzt, sie also zu rechtlosen Arbeitstieren herabdrückt, so will man überhaupt gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft, gegen alle Angestellte vorgehen. Die deutschen Arbeiter und Angestellten sollen schuftet und sich ausbeuten lassen für die Interessen der deutschen und der Erntekapitalisten.

Die Lasten des Versailler Vertrages sollen auf die Schultern der sowieso schon genug ausgebeuteten Angestellten und Arbeiter abgewälzt werden.

Die „Verständigung“, zu der auch die Sozialdemokraten raten, soll auf dem Rücken der deutschen Arbeiter vorgenommen werden.

Das deutsche Unternehmerpaar will nichts vom Profit einbüßen und sucht durch Prämien-, Akkord- und Sonntagsarbeit den drohenden Verlust weit zu machen.

Das müssen die Breslauer Angestellten, die heute im Kampf mit den Arbeitgebern stehen, begreifen, daß es sich gegenwärtig nicht um einen Lohnkampf handelt, der sich durch Entgegenkommen beider Teile beilegen läßt.

Die Absichten der Unternehmer liegen offen zutage. Man will die Angestellten zwingen, unter viel traurigeren Bedingungen zu arbeiten als je zuvor. Die Pariser Beschlüsse sollen gehalten werden und einzig und allein die Arbeitenden sollen die Kosten tragen. Die Aktionäre selbst bringen keine Opfer, die reden nur immer vom Opfer bringen, von dem Allgemeinwohl und von dem Wiederaufbau der zerrütteten deutschen Wirtschaft. Die Aktionäre sind die letzten, die mit dem Opferbringen anfangen, das überlassen sie ihren Angestellten.

Die jetzt im Streit stehenden Angestellten müssen diese Entwicklung der Dinge erkennen und unter diesen Gesichtspunkten den Kampf führen.

Was sich jetzt in Mitteldeutschland abspielt hat, das war das Schicksal, was die deutschen Kapitalisten dem gesamten Proletariat zugebracht haben. Es handelte sich wahrlich nicht um Verbrecher, die dort durch die Polizei bekämpft werden mußten. Nein, Arbeiter sind es gewesen, die mit Waffengewalt zum Einhalten des Versailler Vertrages gezwungen, die mit Polizeitruppen unter das Joch der verdoppelten Ausbeutung gestrieben werden sollten.

Die Erntekapitalisten fordern von der deutschen Regierung die Erfüllung der Pariser Beschlüsse und die Sozialdemokraten Severing und Hörsing berufen sich mit Hilfe deutscher Polizeitruppen die Arbeiter niederschlagen, wenn sie sich gegen die Ausbeutung zur Wehr setzen.

Die Arbeiter Mitteldeutschlands sind den richtigen Weg gegangen, sie wurden aber niedergelämpft, weil sie allein gelassen wurden.

Aber dem deutschen Proletariat wird eines Tages nichts anderes übrig bleiben, als den gleichen Weg zu gehen und den Kampf aufzunehmen gegen die Ausbeuter im eigenen Land, gegen die Ausbeuter der ganzen Welt.

Wenn heute die Angestellten der Breslauer Metallindustrie den Kampf aufgenommen haben mit den anmaßenden Unternehmern, so liegt auch dieser Kampf in der großen revolutionären Linie, die zur Befreiung des gesamten werktätigen Volkes führt.

Die Angestellten der Breslauer Metallindustrie werden in ihrem Kampfe nicht allein stehen, sie können der Empathie und wenn es die Stunde erfordert, der aktiven Solidarität aller Kopf- und Handarbeiter sicher sein.

Politische Uebersicht.

Die Klassenjustiz der Republik.

Der sächsische Justizminister Dr. Harnisch hat in Bekennung der Sachlage seinen Rücktritt eingereicht. Er wird aber im Amte bleiben, nach dem er sich überzeugt hat, daß die Ausnahmejustiz als Fallheil gegen kommunistische Arbeiter hinlänglich genug funktioniert. Sein rechtssozialistisches Gewissen hat sich beruhigt und er kann sein Haupt auf dem parnassischen Rücken der Justiz befriedigt heften.

Die Sondergerichte erfüllen auch sonst ihre Mission mit immer brutalerer Offenherzigkeit. Verteidiger der kommunistischen Arbeiter werden als überflüssiges Akquisite der möglichst abgekürzten Verhandlung hinausgeworfen — wie in Nordhausen — oder garnicht erst zugelassen. Auch die Presse empfindet man als störenden Beobachtungsgegenstand und möchte sie, wenigstens soweit sie links gerichtet ist, von den Sitzungen fernhalten. So dachte der Staatsanwalt in Halle die Presse und somit die Öffentlichkeit auszuschließen, falls Kritik an den Sondergerichten geübt würde. Er scheint der an sich ganz richtigen Meinung zu sein, daß die Ausnahmejustiz gegen revolutionäre Arbeiter unter aller Kritik ist.

Die Ausnahmegerichte, die den Generalstreik oder schon die Aufforderung dazu für ein zuchtunwürdiges Verbrechen erklären, weil er auch lebenswichtige Betriebe bedroht, haben jetzt eine neue juristische Finte erdacht, um den Generalstreik als gemeinsames Verbrechen abzuwürgen. Sie erklären ihn — wie längst das Ausnahmegericht des Landgerichts II Berlin — trotz seiner ausgesprochen politischen Ziele für einen Erpressungsversuch, um sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu erzielen, weil die Arbeiterschaft durch den Generalstreik eine anderweitige Regelung der Produktionsverhältnisse und eine Verbesserung der Lage der Arbeiter erstrebe. Tatsächlich wurde auch eine Verurteilung zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe mit dieser hanebüchenden Begründung erzielt. Mit dem Erpressungsparagrafen ist ja schon immer der tollste juristische

Unfug getrieben worden, aber den Ausnahmegerichten der Ebert und Konsorten blieb es vorbehalten, auch dieses schartige Schwert im politischen Kampfe gegen die verhassten Kommunisten zu schärfen. In dieser Republik erlebt man täglich tollere Sachen, und bei ihrem willkürigen Arbeiterfeinde ist auch vor Gericht rein garnichts möglich.

Neue Zuchthausurteile in Halle.

Es wird immer auffallender, daß das gegen „Schuldige“ wie Unschuldige so schneidig mit Zuchthaus um sich werfende Ausnahmegericht dann plötzlich ganz zaghaft wird, wenn sich ein Freispruch selbst vor diesem Inquisitionstribunal nicht mehr umsetzen lassen würde. Ein solcher Fall bedarf jedesmal noch der „Aufklärung nach jeder Richtung hin“. Es tritt Vertagung ein. Der Zweck dieser „Aufklärung“ ist natürlich der, die Unschuldigen, die auch dann, wenn sie schuldig wären, genug Strafe durch die Mißhandlungen ihrer Peiniger erlitten hätten, so lange wie möglich in der Untersuchungshaft schwächen zu lassen.

Ein solcher Fall war der des Malers Hermann Krefschmar aus Ammendorf, den zu befreien erst noch ein beträchtlicher Zeugenapparat in Bewegung gesetzt werden muß. Dieser soll vor allem bekunden, daß Krefschmar aus der KPD. ausgeschloffen ist! Dann kann Krefschmar ohne weiteres nach Hause gehen. In der Gerichtssprache nennt man das „beschleunigtes Verfahren“.

Im übrigen laßt das Gericht, dessen Vorsitzender Landgerichtsdirktor Krüger vor Beginn der Sitzung gegen die ihm unbecommene Kritik der linksstehenden Presse demonstriert und mit Wagensziehung gedroht hat, nicht mit Zuchthaus in jeder gewünschten Höhe.

Der 19-jährige Arbeiter Willi Schneider war mit seinem 18-jährigen Freunde Louis Schulz in Wimmelburg einigen Krankenschwestern zugeteilt worden, um mit ihnen ein Lazarett einzurichten. Sie hatten von vornherein nur die Absicht gehabt, sich dem Sanitätsdienst zur Verfügung zu stellen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schneider wegen Hochverrats 2 Jahre Zuchthaus und gegen Schulz 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus. Das Gericht belohnte beide für ihre Menschenfreundlichkeit mit je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Die Arbeiter Friedrich Haaser und Paul Röber aus Löbejün, die erst 20 bzw. 17 Jahre alt sind, haben in Berlin nur ein paar Stunden Posten gestanden und sich dann über die Saale aus der unruhigen Gegend entfernt. Dafür erhielt der 20-jährige 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust und der 17-jährige 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Noch ungeheurer ist das Urteil gegen den 24-jährigen Maurer Fritz Häußler aus Bitterfeld, dessen reine Verfehlungen selbst Staatsanwalt und Gericht hervorhoben. Um Bländerungen zu verhüten, war er in der Östernnacht einige Stunden Patrouille gegangen. Er wurde zu 3 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Weitere Opfer des weißen Terrors in Hamburg.

Das außerordentliche Gericht verurteilte wegen Landfriedensbruchs den Reflektenschmied Friedrich Baetsch zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, den Maschinenhelfer Alfred Rötter zu 4 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust, Anton Wendler zu 15 Monaten Gefängnis. Sechs andere angeklagte Arbeiter wurden freigesprochen.

Von den Opfern des Märzaufrufs sind zwei weitere Schwerverletzte in den Hamburger Krankenhäusern gestorben.

„Redakteur Thalheimer als Brückenprenger.“

Die bürgerlichen Blätter melden zum Teil die Verhaftung des Genossen August Thalheimer, des Chefredakteurs der „Roten Fahne.“ Als Grund wird angegeben:

Genosse Thalheimer sei dringend verdächtig, eine Brücke, die Treppower Eisenbahnbrücke oder die Oranienbrücke gesprengt haben zu wollen.

Weiter kann die Unverschämtheit der Konterrevolution nicht gehen: Der Chefredakteur einer zweimal erscheinenden Tageszeitung, der Brücken sprengt, ist ein so hanebüchener Blödsinn, daß nur noch die Behauptung fehlt, die übrigen Redakteure stellen silberne Löffel.

Aber Kommunisten gegenüber ist der bürgerlichen Kanaille eben alles erlaubt.

Der wohlverdiente Schritt.

Der von den Sozialdemokraten mitgewählte Ministerpräsident Stegerwald hat diesen keinen genügenden großen Platz an der Staatspolitertreppe angewiesen. Darob große Entrüstung bei der „Arbeiterpartei“. Die Entrüstung und der Zorn der feindlichen Brüder ging so weit, daß man Herrn Stegerwald „unleugbare Unlauterkeiten bei der Bildung des Kabinetts“ vorwarf. Dies hat nun Stegerwald veranlaßt, in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten sein Amt als Landtagspräsident niederzulegen und sich sofort als Ministerpräsident wieder zur Wahl zu stellen. Nun ist die Sozialdemokratie gegen Stegerwald stimmen; aber er wird von den bürgerlichen gewählt werden.

Damit haben die Sozialdemokraten den wohlverdienten Schritt erhalten. Sie sind vollständig ausgeschaltet und können der neuen Regierung den Kampf an. Im „Vorwärts“ heißt es: „Es ist eine saure Zumutung, wenn verächtliche Morgenblätter von heute annehmen, die sozialdemokratische Fraktion würde einem benutzt oder ähnlich zusammengesetzten Kabinett „wohlwollend gegenübersehen“ und weiter, der Kampf ist das Lebenselement unserer Partei und ihn jetzt wieder, von mancherlei Hemmungen befreit, führen zu können — dieser Gedanke wird vielen unserer Parteigenossen neue Schwungkraft verleihen.“

Ueber diese Kampfanzeige der Sozialdemokratie lachen die Führer. Sie finden sich ja nur in der Opposition, weil sie aus der Koalition hinausgeworfen wurden und ihr Bestreben wird dahin gehen, in der Öffentlichkeit zwar Opposition zu mimen, hinter den Kulissen aber durch Wohlverhalten gegen die Bourgeoisie und neue Regierung sich die Gunst zu erwerben, wieder in Gnaden in den Umarm der Berechtigten aufgenommen zu werden.

SPD. und USPD.

als Nutznießer der Kommunistenverfolgungen.

In der Arbeiterstadt Hettstedt in Mitteldeutschland haben die Kommunisten die Mehrheit. Sie haben arbeitserfreundliche Steuern abgelehnt und Politik im Interesse der Arbeiter betrieben. Dies paßte Bürgerlichen und Sozialdemokraten natürlich nicht und war mit ein Grund dafür, daß die Sippe dort einmarschierte und die Arbeiter niederknüppelte.

Jetzt sitzen verschiedene kommunistische Stadtverordnete im Gefängnis, ebenso ein Teil der revolutionären Arbeiter. Und diese Gelegenheit wird von Bürgerlichen, Rechtssozialisten und Unabhängigen benutzt, die kommunistische Mehrheit im Stadtparlament zu brechen. Bürgerliche und Sozialdemokraten haben im trauten Verein ihre Kämter niedergelegt, um in dieser für die Reaktion so günstigen Zeit Neuwahlen zum Stadtparlament zu erzwingen und die Kommunisten hinauszuwählen.

Vielleicht wird aber doch von der revolutionären Arbeiterschaft diesen Hyänen des Schlachtfeldes ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Monarchenbeerdigung mit Holzerei.

Was so ein richtiger Teufcher ist, der versteht sich auch aufs Brügeln und Holzen. Natürlich sucht er sich auch stets die schwächsten Opfer aus, an denen er sein rohes Mütchen kühlen kann.

Im Anschluß an den monarchistischen Beerdigungsspektakel von Wilhelms verstorbenen Frau ist es in Potsdam zu einer regelrechten Pauerei gekommen.

Die über den Tod der „deutschen Nationalheiligen“ aufs tiefste ergriffenen deutschen Patrioten haben auf dem Heimmarsch von der Beerdigung ein amerikanisches Ehepaar angerempelt und tödlich angegriffen.

Besser läßt sich der aufgeblähte Trauerummel gar nicht charakterisieren. Es ist nichts anderes gewesen, als nur eine nationalistische Parade von Schubjate, deren Maul immer noch größer ist, als der Wille zur Besserung.

Von Patriotismus besoffen lassen sie ihren „Mut“ an einem wehrlosen Ehepaar aus. Ja, das sind sie, die Vertreter deutscher Sitte und Kultur!

Antisemitischer Knigge.

Die Umgangsformen der Antisemiten regeln sich nach besonderen Gesetzen.

Einen wertvollen Einblick in die Ideengänge dieser Ralte Korax gibt folgende Notiz aus dem „Miesbacher Anzeiger“, einem bayerischen Lokalblättel von besonders hervorragenden Umgangsmanieren. Es heißt dort:

„In München haben wir doch mit der Hinrichtung von Eisner und der Prügelstrafe gegen den Magnus „Spinatfeld“ den Beweis geliefert, daß es uns nicht an Temperament fehlt und daß die Berliner dankbar anerkennen müssen, daß wir ihnen den Landauer durchgetan haben.“

Immerhin waren das nur Vorspiele zu größeren Akten, die wir uns gelobt haben für den Fall, daß sich die Befolgungen bei uns noch einmal maufsig machen. Dann geht's aus dem Vollen.“

Man wird natürlich vergeblich darauf warten können, daß der Schandbube, der diese Aufforderung zu Mord und Bogrom losläßt, zur Verantwortung gezogen wird. Der Fall Eisner hat es ja deutlich bewiesen, was der reaktionären Bande heute alles erlaubt ist. Wie könnte es auch anders sein: Dafür leben wir ja in der Ebert-Republik.

So sehen die Unternehmer aus.

Hunderte von Millionen Mark Steuern hinterzogen.

In der Zigarettenindustrie ist es zu rücksichtslosen Ansperrungen von Arbeitern gekommen. Tausende von Arbeitern wurden aufs Pflaster gesetzt. Die Unternehmer behaupteten, sie hätten keine Einnahmen mehr und könnten somit Arbeiter nicht mehr beschäftigen.

Wie jetzt aus Dresden gemeldet wird, hat sich ein großer Teil der Zigarettenindustriellen schwere Steuerhinterziehungen zuschulden kommen lassen. Bis jetzt sind bereits von 40 Firmen die Geschäftsbücher beschlagnahmt worden.

Viele hunderte von Millionen Mark Steuern sind dem Reichsiskus hinterzogen worden.

Das ist das wahre Gesicht der Unternehmerr! Während sie tausende von Angestellten und Arbeitern brotlos machen, bringen sie durch Bilanzverschleierungen Millionen Mark auf die hohe Kante.

Diese Praktiken sind aber nur möglich innerhalb des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Erst wenn das beseitigt ist, gibt es auch keine Bucherer, Schieber und das ganze Schwarzhergesindel der Aktionäre mehr.

Arbeiter!

Sammelt Brotmarken und stellt sie den Gaukomitees der Roten Hilfe zur Verfügung. Eure Klassenossen hungern in den Gefängnissen und auf der Flucht. Teilt eure letzte Scheibe Brot mit den Helden der proletarischen Revolution

Die Kommunistische Internationale zum 1. Mai

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erläßt folgenden Aufruf:

„Wieder ist ein Jahr vergangen. In keinem Lande der Welt, außer Sowjetrußland, kann sich die Arbeiterklasse eines Sieges rühmen. Die Kapitalisten aller Länder geben ihrer Freude offen Ausdruck, als ob sie von ihrem endgültigen Siege überzeugt wären.

Wieder ist ein Jahr vergangen, und immer hält die Bourgeoisie das Steuer in ihrer Hand, während die Welt immer mehr zum Trümmersfeld wird.

In den besiegten Kapitalistenländern Deutschland, Oesterreich und Ungarn wächst die Not immer mehr, während die internationalen Länder das letzte Gut dieser Länder zu billigen Preisen auslaufen. Die einheimischen Ausbeuter machen dadurch gute Geschäfte, während die Not der arbeitenden Massen mit jedem Tage größer wird. Die Arbeitslöhne entsprechen den hohen Preisen schon lange nicht mehr und ungeachtet der mit Waren überfüllten Kaufhäuser wissen Millionen Menschen nicht, wie sie ihre Kinder satt machen, womit sie ihre Blöße bedecken sollen.

In den Siegerstaaten ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. In Frankreich wird der wirtschaftliche Zerfall mit jedem Tage größer. In England, das am meisten am Kriege gewonnen hat, wird eine Streikwelle von der anderen abgelöst. Die Herren der Londoner, Pariser und New-Yorker Börse glauben, daß sie die eine Hälfte, und zwar die größere der Bevölkerung der ganzen Welt zu Bettlern machen können und daß niemand ihnen den Weg freitig machen kann. Sie irren sich sehr. Mehr als 1/3 Jahre sind vergangen, und das Weltkapital war nicht imstande, die Weltwirtschaft zu reorganisieren. Das einzige, was es tun kann, ist, noch neue Gegenstände zu den alten bereits bestehenden schaffen. Die Folgererscheinungen des letzten Krieges sind noch nicht liquidiert, und schon bereitet man sich zu einem neuen Kriege vor. Wenn das Weltproletariat seinen Feind nicht packt, wird man es wieder dazu zwingen, sein Blut für die Interessen des Weltkapitals zu vergießen. Das Proletariat muß sich zusammenschließen und in geschlossenen Reihen den Weg der Revolution betreten.

Am 1. Mai wollen wir der Weltbourgeoisie unsere Kampfbereitschaft beweisen, wollen wir die rote Fahne von allen Fabriken und Werkstätten wehen lassen, bei unsern Demonstrationen soll sie uns vorangetragen werden, damit sie den unterdrückten proletarischen Massen zurufen: Vereint euch, ihr Unterjochten, ihr Ausgebeuteten und Geknechteten.

Nieder mit den offenen und heimlichen Freunden der Bourgeoisie!

Es lebe Sowjet-Rußland, die Feste der Weltrevolution!

Es lebe der internationale Bund der Sowjetrepublik!

Ausland.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens.

Die Vorschläge der Gewerkschaften.

Den „Verständigungs“ versuchen der deutschen Bourgeoisie mit den Ententekapitalisten leisten die deutschen Gewerkschaftler rühmlichen Vorschub. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat jetzt der Reichsregierung Vorschläge vorgelegt, die einen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs bezwecken. U. a. werden folgende Vorschläge gemacht:

Ziegeleien im Aufbaugelände durch Deutschland insstand zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke daselbst zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baumstoffe beginnen zu können. Hierüber hinaus heimische Baumstoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern;

Vorkehrungen zu treffen, daß die im Aufbaugelände nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Bauzwecke aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baumstoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind;

sofort mit der Anfertigung von Behelfsbauten aller Art, mindestens aber 25000 Holzhäuser (Wohnhäuser) zu beginnen und diese vor Beginn der kälteren Jahreszeit aufzustellen;

dazu die Ausstattung, z. B. Möbel, Defen, Kochherde und Kochgeschirr zu liefern;

Deutschlands Bereitwilligkeit zu erklären, nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung, oder im gemeinschaftlichen Betriebe, oder durch private Unternehmerbetriebe, oder unter Zulassung aller drei Betriebsformen auszuführen gewünscht werden, darüber soll die französische Regierung baldmöglichst Vorschläge unterbreiten.

Diese „Vorschläge“ charakterisieren die Gewerkschaftsführer. Ihnen kommt es nicht darauf an, das verrottete kapitalistische System zu zertrümmern, nein, sie machen Vorschläge, die den Kapitalismus wieder restaurieren sollen.

Die deutschen Arbeiter aber werden sich bedanken, auf diese Vorschläge zu kriechen.

Das durch den Weltkrieg zerstörte Gebiet und all der Schaden und das Elend, das diese Zerstörungen begleitete, kann nicht beseitigt werden, solange das kapitalistische System noch besteht. Einen Wiederaufbau im Interesse der Proletarier kann nur die Revolution durchführen.

Wahrt die Parteidisziplin!

Die bisher stattgefundenen Bezirksversammlungen haben, wie nicht anders zu erwarten war, mit überwiegender Mehrheit, wenn nicht einstimmig, den Beschlüssen der Zentralauswahlsitzung vom 7. und 8. April zugestimmt. Die Parteigenossen haben damit zu erkennen gegeben, daß sie mit dem Märzkampf, den die Partei führte, einverstanden und auch gewillt sind, auf der Linie weiter zu kämpfen, die durch die Beschlüsse des Zentralauswahlschusses vom 17. März und 7. und 8. April festgelegt worden ist. Auch die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat den Grundsätzen und der Taktik, die in diesen Beschlüssen niedergelegt sind, zugestimmt.

Trotz dieser Beschlüsse der Parteimitgliedschaften, des Zentralauswahlschusses und der Exekutive der Kommunistischen Internationale versucht eine Anzahl Genossen, die sich in führender Parteilinie befinden, einen Feldzug gegen diese Beschlüsse zu organisieren. Diese Genossen tragen damit nicht nur die größte Verantwortung in die Parteimitgliedschaften, sondern hindern auch die Partei an der Weiterführung der begonnenen Aktion, die mit der Beendigung des Märzkampfes keineswegs abgeschlossen, sondern mit größter Energie fortgeführt werden muß.

Wir fordern deshalb die Parteigenossen auf, diesen Versuchen zur Parteidisziplin mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. In einer Zeit, in der die Konterrevolution mit Unterstützung der SPD- und USPD-Führer über die Kommunistische Partei herfällt, um diese für längere Zeit kampfunfähig zu machen, ist es Pflicht aller Parteigenossen, nur in der Richtung zu wirken, in der dieser Anschlag auf die Kommunistische Partei abgewehrt und die Kampffähigkeit der Partei gesteigert wird. Jede andere Taktik ist schwerste Parteidisziplin und muß von allen Parteiorganisationen mit aller Energie bekämpft werden.

Die Zentrale hat in ihrer Sitzung vom 15. April Paul Levi wegen groben Disziplinbruchs und schwerer Parteidisziplin aus der Partei ausgeschlossen und ihn aufgefordert, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Paul Levi ist demnach nicht mehr Mitglied der Partei und hat kein Recht, irgendwelche Parteifunktionen auszuüben, noch in Parteikörperschaften oder in der Öffentlichkeit im Namen der Partei zu sprechen. Daß Paul Levi gegen den Beschluß der Zentrale Berufung beim Zentralauswahlschuss eingelegt hat, ändert an der Wirkung des Beschlusses der Zentrale vom 15. April nichts. Der Zentralauswahlschuss wird Anfang Mai zusammentreten, um auch zu dem Ausschluß Levis aus der Partei Stellung zu nehmen.

Wir ersuchen die Parteimitgliedschaften, zu verhindern, daß Paul Levi seine mit der Broschüre „Wider den Bolschismus“

Berlin, den 20. April 1921.

Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der 3. Internationale).

Die geplante Befetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 20. April (W. T. B.). Nach dem „Echo de Paris“ finden im Laufe dieser Woche Konferenzen statt, an denen die militärischen und wirtschaftlichen Sachverständigen teilnehmen. Es scheint jedoch, daß das etwa neu zu bezeichnende Gebiet schon ungefähr bestimmt worden ist. Es umfaßt den ganzen Ruhrbezirk mit Ausnahme der Bezirke nördlich von Hamm und östlich von Iserlohn; aber auch das südliche Gebiet bei Elberfeld, im ganzen einen Streifen von 75 Kilometer Länge und ungefähr 25 Kilometer Breite. Zur Befetzung glaubt man nur sieben Divisionen nötig zu haben. Nebenbei hat das Blatt hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung des neu besetzten Gebietes. Man schätze jedoch die Einnahmen, die man erzielen könne, auf ungefähr 1,5 Milliarden Goldmark. Auch das „Echo de Paris“ glaubt, daß man mit der Dienstverweigerung der industriellen Persönlichkeiten rechnen müsse.

Die Gendarmen in Lille soll bereits die Einberufungsbefehle für das erste Armeekorps betreffs der Jahrgangsklassen 1918/19 erhalten haben.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter und die Pflicht des deutschen Proletariats.

Wie aus London berichtet wird, wurde auf einer Tagung der englischen Hafenarbeiter festgestellt, daß gegenwärtig deutsche und amerikanische Kohle nach England gebracht wird, und daß man diese Kohle für englische Schiffe verwendet zum Schaden der englischen Bergarbeiter.

Die englischen Hafenarbeiter haben beschlossen, solange der Kampf der Bergleute dauert, keinerlei fremde Kohle zu verladen und zu transportieren.

Ebenso erforderlich ist es aber, daß auch die deutsche Arbeiterklasse dem kämpfenden englischen Proletariat aktive Solidarität bewahrt.

Keine deutsche Kohle darf nach England kommen. Keine deutsche Kohle darf englischen Schiffen zugeführt werden.

Der Verrat der englischen Gewerkschaftsbürokratie, ein Schritt zur englischen Revolution.

Wie aus London gemeldet wird, erklärte Winston, der Vorsitzende der Bergarbeiter von Süd-Wales: „Wir Bergarbeiter sind schamlos verraten worden. Der Ministerpräsident, Minister Horne und viele Leute aus dem Publikum denken, daß die Ereignisse des letzten Freitag ein Triumph für die Vernunft darstellen. Meines Erachtens sind sie ein Triumph für die Revolution. Das wird sich im Laufe der Zukunft ergeben. Man kann nicht eine Arbeitergruppe wie die Bergleute in die Sklaverei herabdrücken, ohne die Zustimmung zu erzeugen, welche die Revolution hervorruft.“

begonnene Parteidisziplin und Parteidisziplin noch weiter innerhalb der Partei fortsetzt. Die Einheit der Partei und die Steigerung des revolutionären Kampfes steht höher denn das Interesse einer einzelnen Person.

Wir ersuchen weiter alle Genossen, die in Vertretung der wahren Absicht Levis sich mit ihm zunächst solidarifizieren, die Tatsache zu beachten, daß die Parteigenossen sich in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen das Verhalten Levis, wie es in der Herausgabe seiner Broschüre und in dem weiter fortgeführten Kampfe gegen die Beschlüsse des Zentralauswahlschusses zum Ausdruck kommt, gewandt und seinen Ausschluß aus der Partei gutgeheißen haben. In dieser schweren Zeit gibt es für jeden Parteigenossen nur eine Lösung: entweder mit der Partei und auf dem von ihr eingeschlagenen Kampfweg zu marschieren oder sich abweis der Partei zu stellen. Der innere Konflikt, in dem sich einzelne Parteigenossen befinden, darf nicht zu einem Konflikt für die Partei werden, und wir ersuchen die Parteimitgliedschaften, mit aller Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit die Parteidisziplin von denen zu verlangen, die durch das Vertrauen der Mitglieder auf führende Posten gestellt worden sind.

Die Genossen Jettin und die Genossen Braß, Dänmig, Kurt Gezer, Adolph Hoffmann, Eckert, Malzahn und Paul Neumann haben am 18. April eine Erklärung abgegeben, in der sie sich nicht nur mit der Haltung Paul Levis solidarifizieren, sondern auch die von Paul Levi herausgegebene Broschüre „Wider den Bolschismus“ gutheißen. Dieses Vorgehen zwingt die Zentrale, diese Genossen, soweit sie Parlamentsmitglieder sind, aufzufordern, die Ausübung ihres Mandates bis zur nächsten Sitzung des Zentralauswahlschusses einzustellen. Der Zentralauswahlschuss wird darüber zu bestimmen haben, ob die genannten Genossen auf Grund ihres Verhaltens beauftragt sind, in ihrer führenden Stellung weiter zu verbleiben.

Von den Genossen, die sich mit Levi solidarifizieren, wird die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verlangt. Der Zentralauswahlschuss hat in seiner Sitzung vom 7. und 8. April diese Einberufung abgelehnt, weil bei den schweren Verfolgungen, denen die Parteigenossen, die an den Märzkämpfen aktiv teilgenommen haben, ausgegesetzt sind, eine öffentliche Tagung des Parteitages unmöglich ist.

Der Zentralauswahlschuss hat es abgelehnt, durch die Einberufung eines Parteitages die Opfer noch zu vermehren, die ohnehin schon sich in den Klauen der weißen Sultiz befinden. Der Zentralauswahlschuss wird zu entscheiden haben, ob die Gefahren, die mit der Abhaltung eines Parteitages für viele Genossen bestehen, noch vorhanden sind und sich die Einberufung eines Parteitages ermöglichen läßt.

Aus allen Teilen Englands und Schottlands laufen die Nachrichten ein, daß die Arbeiter empört sind über den Verrat ihrer Führer. So haben in Cardiff und in York große Versammlungen der Eisenbahner stattgefunden, die scharf gegen die Haltung ihres Vorstandes Stellung nehmen und Unterstützung der kämpfenden Bergleute verlangen. Es wird immer klarer, daß die letzten Vorgänge die Stellung von Thomas und seinen reformistischen Gefinnungsgenossen gründlich untergraben haben.

Kriegsverletztenunruhen in Italien.

Triest, 21. April. Die Kriegsverletzten besetzten das Direktionsgebäude der Straßenbahn und verlangten Anstellung. Von hier aus vertrieben besetzten sie darauf das Gebäude der Schiffahrtsgesellschaft „Adriatica“. Als sie auch hier vertrieben wurden, zogen sie zum Postgebäude, das sie ebenfalls besetzten. Die Kriegsinvaliden entsandten eine Abordnung zum Gouverneur, der ihnen versprach, sein Möglichstes zu tun, damit die Kriegsverletzten Anstellung erhielten.

Auch in Mailand hatten Kriegsinvaliden das Zentral-Postgebäude besetzt. Sie verhinderten den ganzen Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr. Abends hatte Militär das Gebäude umstellt und die Wachen der Kriegsinvaliden entfernt. Bei der Räumung des Gebäudes sind vier Faschisten verwundet worden.

Kleine Nachrichten.

Die Ratifikation des Rigaer Friedensvertrages. Im Sejm (russisches Parlament) wurde die Ratifikation des Friedensvertrages von Riga einstimmig in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Zusammenkunft in Sythe. Briand wird am Sonnabend morgen Paris verlassen, um sich nach Sythe zu begeben. In seiner Begleitung werden sich der Generaldirektor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Berthelot und die Generale Foch und Weygand befinden. Von englischer Seite werden außer Lloyd George, General Wilson, Austin Chamberlain und Lord Curzon an den Besprechungen teilnehmen.

Der Kampf um Oberschlesien. Die interalliierte Plebiszit-Kommission hat nunmehr ihre Arbeiten abgeschlossen und wird noch in dieser Woche dem Vorkommsterrat ihre Vorschläge über das Schicksal Oberschlesiens unterbreiten.

Eine antimilitaristische Bewegung in Griechenland. Infolge der fortgesetzten Truppenumziehungen in Griechenland und der völligen Ausschließlichkeit des kleinasiatischen Feldzuges, macht sich unter der griechischen Bevölkerung eine ernsthafte Stimmung bemerkbar. In Patras, Janina, Corinthus und Piräus, wo die Bevölkerung vertriebt, die Truppen an ihrem Abgang an die Front zu hindern, ist es zu ernsthaften Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

Letzte Telegramme.

Das Wüten der Gendarmerie in der Slowakei.

Reichenberg, 21. April (Eigener Drahtbericht.) In den Komitaten Bars und Pout befindet sich die Arbeiterschaft in großer Erregung, nachdem die Gendarmen, trotz der Arbeiterschaft sich ruhig verhielt, von den Unternehmern ausgereizt worden sind, in brutalster Weise vorzugehen und zahlreiche Vertrauensleute zu verhaften. Die Arbeiterschaft erklärt, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis sich sämtliche Verhaftete auf freiem Fuß befinden. Die Arbeiter sind sehr erbittert und aufs äußerste gereizt und drohen, wenn es so weiter geht, die Gewalttaten mit gleichem zu vergelten. Die Vertrauensleute, welche sich auf freiem Fuß befinden, sowie die Leitung lenken die Aufmerksamkeit der Behörden auf die unabsehbaren Folgen, welche dieses Vorgehen der Gendarmen nach sich ziehen kann und lehnen jede Verantwortung ab.

Aus der Partei.

Levi als Kleber.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages verlas der Präsident ein Schreiben Levis, wonach er nicht gewillt ist, der Aufforderung der Zentrale nachzukommen und sein Mandat niederzulegen. Levi, wie alle Parlamentarier, hatte ein Blanko-Formular unterschrieben, nachdem er sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederlegte. Dadurch sollte die Partei die Möglichkeit haben, Renegaten zur Niederlegung des Mandats zu zwingen. Levi, als Mitglied der Zentrale, hatte sich in erster Linie für die Ausstellung dieses Blanko-Formulars eingesetzt. Jetzt als Renegat setzt er sich natürlich darüber hinweg und findet ebenso natürlich auch die Unterfugung des antibolschewistischen Reichstages, wie aus der Erklärung des Präsidenten Lobe hervorging, wonach die von Levi unterschriebene Vollmacht als widerrufen gelte, wenn sie eingehen würde.

Levi bleibt damit Reichstagsabgeordneter. Aber damit ist er wohl auch für alle Zeit für die Arbeiterbewegung erledigt.

Aus der Provinz.

Hannau. Die Bespitzelung eines jeden Funktionärs greift immer mehr um sich. Als Genosse Hamann durch das entschiedene Auftreten unserer Genossen am 2. April wieder aus der Haft entlassen wurde, begann eine systematische Verfolgung desselben. Man suchte ihn bei den harmlosesten Sandbewohnern. Morgens 4 Uhr suchte ihn die Polizei in der Wohnung. Bei dieser Jagd hilft auch der Schullehrer und Amtsvorsteher von Sandmannsdorf bei Hannau tüchtig mit, der seine Kinder fragt, ob sie Besuch im Hause haben. Angebliche Kriminalbeamte erscheinen bei unseren Genossen und wollen Einzelheiten über unsere Organisation erfahren, fragen nach dem Namen des Vorsitzenden usw. Ein großer Apparat ist in Bewegung gesetzt, um das Bürgertum vor den gefährlichen Kommunisten in Schutz zu nehmen. Die Hannauer Orgelei genügt scheinbar noch nicht. Wer bezahlt aber diesen Apparat von Spitzeln und Provokatoren? Es werden dieselben Personen sein, die an der Gründung der Orgelei ein so großes Interesse hatten. Diesem Pack rufen unsere Hannauer Genossen zu: Trotz der Verfolgung und Bespitzelung werden wir das Banner des Kommunismus hochhalten. Mag man Lüge und Verleumdung berghoch um uns türmen, wir wissen, daß das Recht und die Wahrheit auf unserer Seite ist.

Mallwitz. Die Unternehmervillkür greift immer frecher um sich. Hierbei sind meist die Kommunisten die Opfer, für die man den kleinsten Vorfall als Grund zum Herauswurf benutzt. Der Genosse B. bekam zu Ostern Urlaub, den er jedoch um zwei Tage überschritt. Der Unternehmer Sinnermann beantragte diesen kleinen Vorfall dazu, den Genossen auf die Straße zu legen. Als Grund gab er an, er sei wohl bei der roten Armee in Mitteldeutschland gewesen. Leute, die einer Partei von Nordrennern, Verbrechern und Räubern angehörten, könne er nicht beschäftigen. Gegen diese Gemeinheiten der Unternehmer müßte die ganze Arbeiterschaft geschlossen vorgehen. Der schlechten Arbeiterschaft fehlt jedoch noch jeder Solidaritätsgedanke, sie werden von den rechtssozialistischen Zeitungen gegen die Kommunisten aufgehetzt und man kann daher den Anspruch des Unternehmers verstehen, daß ein Kommunist so wirt, als ob in einem Nord guter

Apfel ein saurer wäre, welcher mit der Zeit die anderen ansteckt. Diese Weisheit kann er jeden Tag in den rechtssozialistischen Mäthern lesen, die Arm in Arm mit der Gewerkschaftsdiplomatie dafür sorgen, daß die Kommunisten aus den Betrieben fliegen und dadurch ihre guten Schäftein vor Ansteckung behütet werden. Daß unser Genosse beim Schlichtungsausschuß nichts erreichte, versteht sich, denn dieselben vertreten heute offen die Interessen der Unternehmer.

Die Unternehmervillkür lernt hieraus, heute sind es noch die Kommunisten, in einem halben Jahre, wenn die Macht der Unternehmer vollständig gefestigt ist, fliegen auch die Rechtssozialisten aus den Betrieben. Die Aufgabe unserer Genossen ist es, ihren Arbeitsbrüdern den Solidaritätsgedanken beizubringen, mit ihnen Seite an Seite gegen die Willkürherrschaft der Unternehmer anzukämpfen. Nur die geschlossene Front des Proletariats ist in der Lage, der Unternehmervillkür die Stirn zu bieten, diese muß für die kommenden Kämpfe geschaffen werden, wenn die Arbeiterschaft nicht ihre letzten Errungenschaften verlieren will.

Au die Ortsgruppen!

Sonntag, den 24. April, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Klegitz im „Reichspräsidenten“, Glogauer Promenade, der Bezirksparteitag für Schlessien statt.

Bezirksparteitag für Schlessien

Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Tätigkeits- und Kassenbericht. 2. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. 3. Die Organisation im Bezirk. 4. Die Jugendfrage. 5. Verschiedenes. Wir bitten alle Ortsgruppen um Entsendung von Delegierten, denn die brutale Verfolgung unserer Genossen verlangt einen um so festeren Zusammenschluß unserer Organisation. Deshalb darf keine Ortsgruppe unvertreten sein.

Die Bezirksleitung.

Lokales.

Breslau, den 22. April 1921.

Nicht Brot, noch Obdach . . .

Zwei Mädchen haben ihr junges Leben ausgelöscht — zwei Fabrikarbeiterinnen von 17 und 17einhalb Jahren . . . Warum? Weil sie kein Brot und kein Obdach mehr hatten.

Dieser Fall ist die Illustration des ganzen Regimes. In den alten, von kleinen Handwerkern bewohnten Städten kannte man sich, man unterstützte und half sich; auf dem Lande. Aber in den großen Industrie- und Fabrikstädten sind die Arbeiter und Arbeiterinnen unbekannt, wie die Arbeitgeber. Besterer ist ein Stück Papier, eine Aktie, der Arbeiter, die Arbeiterin ist ein Tier im Dienste der Maschine und sogar noch ein gemietetes.

An jenem Abend schweigten die Bourgeois wie immer. Die abgematteten Arbeiter schliefen ihre kurze Nacht. Die Arbeitslosen lagen vielleicht voll Sorgen noch wach; die Arbeiterhäuser wurden finster.

Die auf Gummireifen dahineulenden, mit grellen Scheinwerfern versehenen Autos trugen geschmückte Frauen nach den Theatern, Tanzsälen, Kabarets und Spielhäusern.

Zwei junge Mädchen warfen sich ins Wasser, weil sie keine Arbeit hatten, weil sie in ihrer Not, in ihrer Reinheit ihren Leib nicht an einen Wüstling verlaufen konnten, weil sie kein Brot hatten . . .

Zwei junge Mädchen gingen in den Tod.

Sipo gegen streifende Angestellte.

Der Streik der kaufmännischen und technischen Angestellten hat eine gewaltige Ausdehnung angenommen. Es streifen gegenwärtig die Angestellten von 46 Firmen.

Von den Vertretern der Arbeitgeber sind der Arbeiterschaft drei Forderungen gestellt worden:

1. Es sollen besonders qualifizierte Arbeiter zu Vorarbeitern gemacht werden.
2. Besonders zuverlässige Arbeiter sollen die Werkzeug- und Materialausgabe übernehmen.
3. Arbeiter sollen zur Lohnzahlung bestimmt werden.

Die Arbeiter haben natürlich diese Streifbroschüren glattweg abgelehnt. Es wird den Arbeitgebern nicht gelingen, die Arbeiter gegen die Angestellten auszuspielen. Arbeiter und Angestellte stehen im Kampfe gegen das Unternehmertum in einer Front.

Die Unternehmer suchen natürlich auf alle mögliche Art und Weise Uacini leit unter den Angestellten zu fassen und

vor allem die weiblichen Kräfte zu Streifbroschüren heranzuziehen. So wird uns von dem Direktor der A.-G. Metnack, Carlowitz, berichtet, daß er in seinem Automobil mit Gewalt sechs seiner weiblichen Angestellten zur Arbeitsstätte entführt hat. Ein derartiges Verhalten charakterisiert sich selbst.

Aber das Unternehmertum scheut sich nicht, auch die Sicherheitspolizei gegen die streifenden Angestellten zu mobilisieren. Es ist bereits zu Zusammenstößen zwischen Sipo und Streifposten der Angestellten gekommen.

Die Angestellten sehen aus dem rücksichtslosen Vorgehen der Sipo, daß ihnen auch keine andere Behandlung wird, wie den Arbeitern in Mitteldeutschland.

Wenn sie auf ihren Forderungen bestehen und sich nicht auf halbem Weg aufhalten lassen, wird man auch gegen sie mit Polizei vorgehen und sie mit Maschinengewehren zur Kaison bringen.

Schon jetzt ist die Empörung unter den Angestellten über das Vorgehen der Unternehmer und der Polizei berart groß, daß sich die Situation außerordentlich verschärft hat. Es wird damit gerechnet, daß auch die Arbeiter in den Streik eingreifen werden.

Der Einheitsfront der Unternehmer muß die Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter entgegengestellt werden.

Ausländische Genossen für die Kinder der Märzopfer.

Genossen! Die kommunistischen Jugendorganisationen von Dänemark, Schweden, Norwegen und Holland arbeiten daran, mehrere hundert Kinder von kommunistischen Eltern, deren Ernährer in den letzten Kämpfen gefallen ist oder wegen seiner revolutionären Tätigkeit im Zuchthaus sitzt, auf acht bis zehn Wochen in Pflege zu nehmen. Die Transporte sollen zwischen dem 15. bis 20. Mai abgehen.

Das unterzeichnete Komitee hat die Zusammenstellung der Kindertransporte, die evtl. Neueinkleidung der Kinder, die Aufbringung der Reisekosten übernommen. Die Berücksichtigung der Kinder erfolgt nach dem Maß der Bedürftigkeit. Das Komitee fordert alle Partei- und Jugendsektionen auf, für den in Frage kommenden Transport die Kinder mit einer kurzen Schilderung der Familienverhältnisse vorzuschlagen und den Bericht sofort einzusenden. Alle Zuschriften sind zu richten an: Das Internationale Hilfskomitee zur Unterstützung bedürftiger Arbeiterkinder, Berlin-Schöneberg, Feuergrube 63.

Theater und Konzert.

Stadttheater.

e. w. In der „Boheme“ gastierte Herr Dimano als Rudolf. Sein weicher, lyrischer Tenor versteht zu feignieren und zeigt auch ein kräftiges Anschwellen. Er bleibt selbst in der Höhe angenehm. Dimano ist ein Rudolf, wie ihn Puccini braucht.

Das Stadttheater würde in dieser Neuerung dem Breslauer Kunstleben ein Plus buchen.

Im übrigen war die Aufführung der Oper von hervorragender Vollkommenheit, wie sie nur von wenigen Theatern geboten werden kann.

Bersammlungsstaler.

Distrikt 4. Freitag, den 22. April, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Distriktslokal. Referent anwesend. Wichtige Tagesordnung.

Distrikt 9. Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, außerordentlicher Distriktsabend. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend. Pöszähliges Erscheinen ist Pflicht.

Distrikt 14. Freitag, den 22. April, abends 7 Uhr, Zusammenkunft bei Schmidt. Wichtige Tagesordnung.

Kommunistische Jugend, Breslau. Freitag, den 22. April, 8 Uhr abends, Zusammenkunft in der Schule Aderstrasse, Zimmer 1. Vortrag. — Sonntag, den 24. April, morgens 8 Uhr, trifft sich die Kindergruppe und die Jugend an der Schule Winowienhof zu einer Wanderung nach der Schwedenschanze.

Ren-Salzbrunn. Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Finsterbrunn wichtige Funktionärsitzung. Alle in der Partei tätigen Genossen müssen unbedingt erscheinen. Genossen, die sich besonders interessieren, sind eingeladen.

Pittersbach. Sonntag, den 24. April, vorm. 9 Uhr, im Gasthof „Friedenshoffnung“, findet eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Wegen der äußerst wichtigen Mitgliederversammlung muß jeder Genosse erscheinen. Mitgliedskarte mitbringen.

Reichlein. Sonntag, den 24. April, außerordentliche Mitgliederversammlung im Dachstuhl. Stellungnahme zur Reiseleiter. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Beder, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Pözel & Baumel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.

Sonntag 7 Uhr: **Boccaccio.**
Sonntag 7 Uhr: **Margarete.**

Lehr-Theater.

Abend 7 Uhr:
1. und 2. Teil.

Chalis-Theater.

Abend 7 1/2 Uhr:
Die Klaus.

Schauspielhaus.

Abend 7 1/2 Uhr:
Die spanische Nachtigal.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Dame in Rot.

RADRENNBAHN

GRÜNEICH
SONNTAG, DEN 24. APRIL
nachm. 3 Uhr Kassenöffnung 1 Uhr
Eröffnungs-Rennen
Großer und kleiner Frühlingspreis
Es starten:
Müller, Köln
Salzmann, Heidelberg
Ebert, Leipzig
Jungmann, Chemnitz
Klasse II:
Schubert, Regensburg, Weber II, Neumann
Anmerkung:
3 Pflögerrennen für Berufsfahrer
1 Fliegerrennen für Amateurfahrer
Freitag u. Sonntag 5 Uhr: Training.

OR

Matthias-Kino.
Matthiasstrasse 28
und Kollmerstrasse 9.
Kronprinz Rudolf
tragisches Ende
5 Akte.
Ferner:
Fanny Elssler
Erschütternde
Erfahrungen einer
Tänzerin
5 Akte.

ZEPTEKINO

Abend 7, 7 1/2, 9 Uhr
Sünden der Väter
5 Akte
Motto: Wer sich dem
Arzt wehrt, kann
gestraft werden.
Genoffe P. Chrobot
Klosterstraße 129, III.,
erschließt sich
zur Aufführung seiner
Schmerzmittel
nach Maß.
Stöße am Lager.
Es die Freie.

Preiswerte Schuhwaren

Herz Stiefel
Ludwig Herz
Bücherplatz Nr. 4
Achtung! Wo?
kauft man seine und jede
Möbel sowie ganze Ein-
richtungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei **H. Kluge**,
Neumarkt 12, nur 1 Etg.

Am 1. Mai
trägt das Klassenbewußte
städtische und ländliche
Proletariat den
Sowjetern
als Symbol seiner internationalen
Solidarität, seines Kampfes und
seines Sieges.
Zu beziehen durch:
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbischer Straße 45
Inserate haben in der „Schlesischen
Arb.-Ztg.“ größten Erfolg.